

Editorial

»Unverändert scheint die psychologische Anziehungskraft, die von Waffen, militärischer Gewalt und auch Krieg ausgeht. Diese Aussage wirkt provokativ, wenn nicht frevelhaft, unterstellt sie doch, daß Menschen, und zwar die entscheidende Mehrheit der Menschen, nicht immer nur Frieden wünschen.« (Eva Senghaas-Knobloch, in: *Feministische Studien* 2/1984)

Krieg und Unfrieden war ein Schwerpunktthema der Feministischen Studien 1984. »Kalter Krieg« und »Nachrüstung« bestimmten damals das politische Klima in der Bundesrepublik. In vielen Beiträgen dieses Heftes wurde versucht, die verdrängten Erfahrungen von Frauen zur Sprache zu bringen, ihre Politikfähigkeit zu begründen in der Hoffnung, neue Beteiligungen an Politik gegen die organisierte Friedlosigkeit antizipieren zu können. Der Zeitkern dieser, von der Öffentlichkeit verdrängten Erfahrungen bezog sich auf die letzten Weltkriege, die Zerstörung der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, den Tod und das Leid unzähliger Menschen durch Atombomben der Vereinigten Staaten, die Kriege in Vietnam und auf den Falkland-Inseln. Gefragt wurde nicht nur nach den Ursachen der Friedensunfähigkeit, nach dem Zusammenhang von Militarismus, der eigendynamischen Dimension der Rüstung, Patriotismus und Männlichkeit, sondern auch nach den Formen des Widerstandes von Frauen gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen.

Krieg und Unfrieden bestimmen in unvorstellbarer Weise die gegenwärtige Situation in der Golf-Region. Eine »Vernunft«, die der Logik eines planmäßigen technologischen Krieges, nicht aber dem Sinn der UN-Charta folgt, behauptet sich als »Garant des Völkerfriedens«.

»Wer nicht ganz blind ist, konnte sehen: Die beiden Hauptfiguren im medialen Schlagabtausch, Bush und Hussein, gewannen in den verschiedenen vorbereitenden Eskalationsstufen bis in die Körpersprache hinein immer wieder an strafbarer Männlichkeit. Sichtbar wurde hier, was eigentlich aus der Geschichte lernbar gewesen wäre: Kriege dienen unter anderem zur Wiederherstellung von ... Männlichkeit. Das hierarchische Geschlechterverhältnis (und andere Unterordnungsverhältnisse, Rassismus eingeschlossen) wird wiederhergestellt. Kriege sind zugleich der verheerendste Ausdruck der Tatsache, daß „starke“ Männer schwache Männer sind.« (Astrid Albrecht-Heide, in: *taz* v. 23.1.91)

Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß dieser Krieg nicht das einzige Mittel zur Befreiung Kuwaits sein mußte, niemand kann sicher sein, daß das Wirtschaftsembargo erfolglos geblieben wäre. Es ist auch fragwürdig, daß nur durch die jetzige gewaltsame Ausschaltung des militärischen Aggressionspotentials des Irak der Schutz Israels langfristig zu garantieren sei. Allerdings wissen wir nicht, ob die Gewaltandrohung des Irak gegenüber Israel nicht doch eine friedliche Lösung durchkreuzt hätte.

Das Kriegsgeschehen galt als im Namen der UNO legitimiert, wie aber wird die Legitimität der Mittel kontrolliert? Die Weltgemeinschaft hat nicht sichergestellt, daß die Maßnahmen zur Durchsetzung des Rechts nicht zur Kriegsdynamik mit den ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten und Handlungslogiken werden. Hinzu kommt: der UN-Sicherheitsrat selbst unterlag der militärisch verordneten Nachrichtensperre und schien zur Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit verurteilt.

Das »Recht der Gewalt«, das Saddam Hussein für sich in Anspruch nahm – morgen könnte es ein anderer Diktator sein –, kann jedoch nicht durch eine »Gewalt des Rechts« (Margarethe Selenka) überwunden werden, die lediglich »mechanistisch« (Clara Wichmann) auf die Aggression reagiert. Es wäre stattdessen zu fragen, ob nicht die hohe Exportabhängigkeit und damit die hohe internationale Verflechtung des Irak andere Methoden der »Befreiung« (beispielsweise Aufkündigung von Kooperationen) ermöglicht hätten (vgl. zu Wichmann, »Der Weg der Befreiung«, in diesem Heft).

Die UNO hat das »Gesetz des Handelns« an die alliierten Streitkräfte unter Vormachtstellung der USA delegiert. Es wird höchste Zeit, daß sie es sich zurückholt und ihre Organisations-, Entscheidungsstrukturen und Instrumentarien überdenkt. Die bisherigen Strategien *nationaler* militärischer Sicherheit und die *überregionalen militärischen Bündnissysteme* müssen durch den Ausbau der peace-keeping forces (Blauhelme), der Vermittlung, Schlichtung *unter Oberhoheit des UN-Sicherheitsrates* ersetzt werden. Denn unübersehbar ist der »sekundäre Kriegsgewinn« für so manche »nationale Erneuerung«. Patriotische Gefühle sind jedoch nicht nur der affektive Bodensatz des Kriegs-Handelns, sie werden auch die Bemühungen um eine friedliche Weltgesellschaft blockieren, sollten die alliierten Streitkräfte in Siegerpose die entscheidenden politischen Weichen im UN-Sicherheitsrat stellen.

Unvorstellbar sind aber auch die sich verschärfenden Verständigungsprobleme zwischen westlicher und arabischer Welt. Dabei geht es nicht nur um die Frage einer wechselseitigen Anerkennung der jeweils fremden Kultur – der universale Anspruch der UN-Charta selbst steht auf dem Spiel. »... daß doch die Vernunft«, schrieb Kant schon 1795 in *Zum ewigen Frieden*, »den Krieg als Rechtsgang schlechterdings verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht, welcher doch, ohne einen Vertrag der Völker unter sich, nicht gestiftet oder gesichert werden kann: so muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den *Friedensbund* ... nennen kann, der vom Friedensvertrag ... darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß *einen* Krieg, jener aber *alle* Kriege auf immer zu endigen suchte.«

Ist diese, Konsens antizipierende Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik nur ein eurozentrischer Wahn, wie manche aktuellen Äußerungen nahelegen?

Eine Stellungnahme im Rahmen der »Mini-Nahostfriedenskonferenz« der *taz* (22.2.91) gibt hier beispielsweise zu denken: »Die harmonische Sicht, daß man alles mit politischen und diplomatischen Mitteln lösen könne, ist eine eurozentrische und manchmal auch blauäugige Sicht. Ich würde daher den Ländern der Region die Berechtigung, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, nicht von vornherein absprechen ...« (Elisa Klapheck).

Der Herausforderung durch diese Position können feministische Analysen von *Krieg und Unfrieden* und die perspektivistischen Begründungen möglicher neuer Friedenspolitik nicht mehr ausweichen. Wir müssen daher die theoretische und politische Auseinandersetzung mit uns unbequem, fremdartig und unverständlich erscheinenden Vorstellungen und Konfliktformen aufnehmen.

Die Herausgeberinnen
Februar 1991